

Dienstag, 27. Dezember 2022

Kanton Luzern

«Natur bräuchte einen Anwalt»

Alt SP-Nationalrat Hans Widmer und Hansruedi Aregger vom Forum Ethik und Ökologie fordern einen neuen Umgang mit der Natur. Wer ihr schadet, soll verklagt werden können.

Interview: Niels Jost

Die Natur wird langsam, aber immer stärker zerstört. Während der Lebensraum von uns Menschen grösser wird, schrumpft jener von Flora und Fauna. Und mit dem gleichzeitig stattfindenden Klimawandel ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Erde für uns unbewohnbar wird.

Das ist keine Dystopie, sondern traurige Realität, sind Hans Widmer und Hansruedi Aregger überzeugt. Sie fordern deshalb, dass die Natur den Status einer juristischen Person erhält und so ihre ökologischen Interessen selber wahrnehmen kann. Eine Petition ist lanciert, weitere Aktionen sind geplant.

Widmer, 82-jährig, in Luzern wohnhaft, ist Philosoph und war von 1996 bis 2010 für die SP im Nationalrat; Aregger, 78-jährig, ist aus Emmenbrücke, Betriebsökonom und langjähriger Berufsschullehrer. Beide sind Mitglied des Forums für Ethik und Ökologie, das 2020 die beiden Kulturlandinitiativen im Kanton Luzern zur Abstimmung brachte. Im Interview erklären sie, weshalb ihre Forderung mehr als ein Hirngespinnst ist.

Die Natur soll eine juristische Person werden. Weshalb ist das nötig?

Hansruedi Aregger: Wir sind aus Frust auf die Idee gekommen. Die Natur befindet sich in einem Notstand: Der Klimawandel schreitet voran, die Biodiversität schwindet, die Wasserverschmutzung nimmt zu. Wir wollen, dass man sich endlich Gedanken darüber macht, wie man dem Einhalt gebieten kann.

Hans Widmer: Schuld an dieser Misere sind wir selber. Wir sind im Anthropozän angelangt, also jener Epoche, in der der Mensch zu einem gefährlichen Einflussfaktor auf die biologischen Prozesse geworden ist. Die Natur ist unmündig, kann sich nicht selber wehren. Deshalb wollen wir ihre vulnerable Situation justizierbar machen.

Wie soll das funktionieren? Wenn ich ein Bauprojekt plane, könnte sich die Natur dann vor Gericht wehren?

Widmer: Im Prinzip ja. Wie die Gesetze genau angepasst werden müssen, überlassen wir den Juristen. Uns geht es zunächst darum, die Debatte zu lancieren.

Aber wer würde denn entscheiden, was gut für die Natur ist?

Aregger: Es bräuchte einen «Anwalt der Natur». Umweltorganisationen haben diesbezüglich bereits ein grosses Wissen, aber auch andere Disziplinen der Wissenschaft müssten einbezogen werden.

Umweltverbände gibt es doch schon heute.

Widmer: Stimmt, aber ihr Einfluss ist beschränkt. Was wir brauchen, ist Verbindlichkeit.



Hans Widmer (links) und Hansruedi Aregger, hier beim Rotsee in Luzern, setzen sich für die Natur ein.

Bild: Pius Amrein (21. Dezember 2022)

Erst wenn der Natur ein unveräusserliches Recht zugesprochen wird, kann sie ihre Anliegen voll und ganz durchsetzen.

Das tönt extrem.

Widmer: Sehen Sie: Die Ethik appelliert an das Sollen, man kann aber trotzdem ein Sünder sein. Wenn ich jedoch im Rahmen rechtlicher Vorgaben zur Verantwortung gezogen werden kann, handle ich anders. Entscheidend ist also die Verbindlichkeit. Erst wenn es im Extremfall die Möglichkeit gibt, eine Firma oder eine Person einzuklagen, wird sie ihr Verhalten ändern.

Würden Sie sich als radikale Umweltschützer bezeichnen?

Aregger: Nein, ich bin ein Realist der Ökonomie. Das heutige Wirtschaftssystem funktioniert nicht mehr. Die externen Kosten wachsen überproportional zum BIP. Die Wirtschaft muss erkennen, dass sie nicht mehr so weiter machen kann.

Widmer: Wobei, ich möchte nicht partout den Kapitalismus abschaffen. Es gilt immer, auch in allenfalls möglichen anderen Systemen die Verhältnismässigkeit zu wahren.

Wie sollen wir denn genügend Essen und Trinken erhalten, wenn wir der Natur nicht schaden dürfen?

Widmer: Hier muss eben die Verhältnismässigkeit gelten. Die Natur hat nicht immer Vorrang, wir sind ja schliesslich Teil von ihr. Die Biosphäre Ent-

lebuch macht's vor: Dort ist klar vorgeschrieben, welche Gebiete wirtschaftlich genutzt werden dürfen und welche geschützt sind.

Aregger: Was es braucht, ist ein Paradigmenwechsel: Weg vom Anthropozentrismus, bei dem der Mensch im Mittelpunkt steht, hin zu einem Miteinander von Mensch und Natur. Dafür muss jeder Einzelne bescheidener werden. Die Debatte um mehr Suffizienz, also Genügsamkeit, läuft ja bereits: Wir müssen zum Beispiel unseren Fleischkonsum nicht ganz aufgeben, ihn aber reduzieren. Das ist keine Öko-Diktatur.

Widmer: Ein solcher Paradigmenwechsel geschieht schneller, als Sie denken. Nehmen wir

das Beispiel vom Rauchen: Noch vor wenigen Jahrzehnten waren Zigaretten überall erlaubt. Heute ist es eine Selbstverständlichkeit, dass sie erst ab 18 Jahren käuflich sind und in vielen Innenräumen nicht gequalmt werden darf. Oder das Kriegesrecht – auch dieses musste man neu erfinden.

Beim Klimawandel dünkt mich die Sache komplexer. Das Problem ist zwar mittlerweile in der breiten Bevölkerung bekannt, trotzdem ist es kaum realistisch, dass wir unsere Klimaziele erreichen.

Widmer: In uns allen steckt ein innerer Schweinehund. Deshalb braucht es einen Rechts-

staat, der – demokratisch legitimiert – einen gewissen Zwang ausüben kann. Denn wer nicht hören will, muss fühlen. Mit Hitzetoten, extremerem Wetter und Naturkatastrophen spüren wir den Klimawandel zwar bereits. Und das heutige moralische Verständnis für die Umwelt ist gut, aber am Schluss muss Justitia – das Fundament unserer Demokratie – einen Paradigmenwechsel erzwingen. Wie beim Rauchen, oder umfassender, bei der Gleichstellungsfrage.

Aregger: Wenn wir die Natur schützen, schützen wir auch uns. Sobald dieser Grundsatz wirklich im kollektiven Gedächtnis angekommen ist, erscheint die Möglichkeit, Klage

zu erheben, nicht mehr als Zwang.

Wie wollen Sie denn vorgehen?

Aregger: Wir werden nächstes Jahr sämtliche 246 National- und Ständeräte anschreiben, um sie für unser Patronat zu gewinnen. Mit Juristen wollen wir die nötigen Gesetzestexte und Verfassungen ausarbeiten. Zudem haben wir eine Petition lanciert, bei der die Unterschriften von Kindern und Jugendlichen dreifach respektive doppelt zählen. Denn den Kindern gehört die Zukunft.

Wie viele Unterschriften wollen Sie sammeln?

Aregger: Ziel ist es, Ende 2023 rund 10000 Unterschriften zu sammeln. Wir wollen auch die Schulen einbinden und, weil wir in Luzern daheim sind, die Luzerner Kantonsräte anschreiben. Vielleicht ergeben sich in Luzern oder in Bundesbern Vorstösse in den Parlamenten.

Es dürfte schwierig sein, dafür eine Mehrheit zu finden.

Widmer: Dessen sind wir uns bewusst. Wir wissen, dass die Flughöhe unserer Forderung hoch ist. Wichtig ist, dass wir eine Diskussion losstrecken können. Wenn wir jetzt nicht handeln, wann dann?

Hinweis

Unter ethik-forum-luzern.ch gibt es mehr Informationen zum Forum und zur Petition «Natur als juristische Person».

«Die Natur hat nicht immer Vorrang, wir sind ja schliesslich Teil von ihr.»

Hans Widmer
Petitionär

Forum Ethik und Ökologie

Der Ursprung des heutigen Forums liegt im Förderverein Ethik-Forum Luzern, der bereits in den 1970er-Jahren gegründet wurde. 2010 führte dieser in Luzern einen Grossanlass mit 400 Personen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kirche durch. 2011 wurde der heutige Verein mit Sitz in Emmenbrücke gegründet. Er ist politisch und konfessionell neutral und verfolgt das Ziel, eine enge Zusammenarbeit mit «relevanten Kräften» aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Behörden, Kultur, Religion und NGO im Gebiet der Zentralschweiz zu pflegen. Das Forum hat ungefähr 50 Mitglieder. (jon)

«Wenn wir die Natur schützen, schützen wir auch uns.»

Hansruedi Aregger
Petitionär